

Islamischer Staat (IS) : Fluch oder Segen für die Kurden?

Autor(en): **Matzken, Heino**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **181 (2015)**

Heft 3

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-513452>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Islamischer Staat (IS): Fluch oder Segen für die Kurden?

Der Bürgerkrieg in Syrien und im Irak stellt für die Kurden möglicherweise die Chance dar, den Traum eines selbstständigen Staates Kurdistan zu verwirklichen. Im Gegenzug zu den Ölexporten der Kurden in die Türkei könnte diese dazu Hand bieten.

Heino Matzken

Seit Wochen verbreitet der Islamische Staat Angst und Schrecken in der gesamten Region. Aus der Opposition gegen den syrischen Staatschef Assad geboren, kämpft der selbsternannte Kalif al-Baghdadi schon lange für seine eigene Agenda. Und diese zielt auf die Errichtung eines Gottesstaates von Syrien bis an die Türkei und in den Irak hinein (vgl. dazu ASMZ 10/2014 und 12/2014). Sie gehen grausam gegen jeden und alles vor, was sich den Islamisten in den Weg stellt, gegen Syrer, sunnitische Iraker, Schiiten, christlichen Jesiden und Kurden. Schon jetzt kosteten die Gefechte tausende Menschenleben – Frauen, Kinder und sich zur Wehr setzende Männer. Mit Schrecken schaut die Welt auf die Krisenregion im Nahen Osten, und das nicht erst seit dem Horrorvideo von der Enthauptung des US-amerikanischen Journalisten James Foley. Doch die Opposition formt sich langsam. Neben der Anti-IS-Allianz, einer internationalen Koalition unter Führung der Vereinigten Staaten, und der irakischen Armee, widersetzen sich vor allem die Kurden den sunnitischen Islamisten. Während amerikanische, britische, französische, selbst belgische Kampfflugzeuge IS-Stellungen bombardieren, wählen andere die Hilfe zur Selbsthilfe. Westliche Alliierte – unter ihnen Deutschland – liefern Waffen an die reguläre irakische Armee und, wer hätte das gedacht, an die Kurden! Deren Kämpfer, die Peschmerga («Die dem Tod ins Auge Sehenden»), wittern nun ihre Chance. Für die Kurden rückt möglicherweise ein Jahrhunderte alter Traum in greifbare Nähe. Als 1923 der Vertrag von Lausanne die Errungenschaften des Vertrages von Sèvres kurz nach dem Ersten Weltkrieg revidierte, schienen die Hoffnungen der Kurden für lange Zeit begraben zu sein. Ein selbstständiger Staat für die fast 30 Millionen dieser westasiatischen Ethnie auf dem ehe-

maligen Gebiet des Osmanischen Reiches war für das folgende Jahrhundert eine Utopie.

Aber Abu Bakr al-Baghdadi, der seit Juni 2014 den Herrschertitel Kalif Ibrahim führt, und sein Islamischer Staat könnte nun ermöglichen, was selbst die grössten kurdischen Optimisten nicht zu hoffen wagten. Die Gelegenheit für das Volk ohne Staat ist günstiger denn je. Während die ganze Welt auf die sunnitischen Terroristen schaut, Krisen wie Libyen oder die Ukraine in den Hintergrund rücken, schaffen Masud Barzani* und Co. Fakten. Ein Jahrhunderte langer Kampf und politischer Prozess nähert sich einem Ende, welches lange nicht alle Beteiligten zu Freudenrängen verleiten wird.

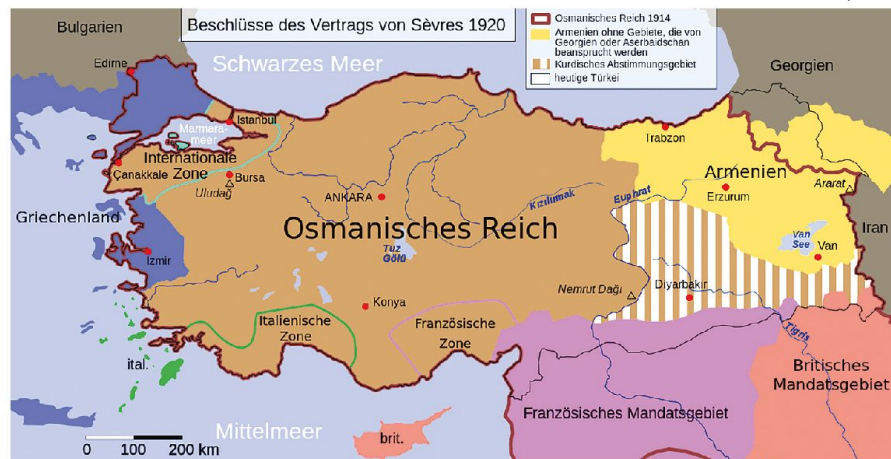
Der Irak bricht auseinander

Bagdad sieht sein – durch die Engländer 1920 – künstlich geschaffenes Staatsgebiet auseinander brechen. Im Norden genießt die ethnische Volksgruppe seit 1970 eine begrenzte Selbstverwaltung. Der damalige Vizepräsident Saddam Hussein gründete im Märzmanifest die «Kurdische Autonome Region». Verhandlungsführer war damals Mustafa Barzani, Vater des heutigen Präsidenten der Region Masud Barzani. Seither nutzen die Kurden ge-

schickt jede Gelegenheit, ihre Macht zu stärken. Zum Beispiel unterstützten im dritten Golfkrieg 2003 kurdische Kräfte die Truppen der USA, seither ein treuer Verbündeter. 2005 erfolgte die Umbenennung in die «Autonome Region Kurdistan», welche sowohl über eine eigene Flagge, eine eigene Verfassung, als auch über eine eigene Hymne verfügt. Auch die neue irakische Verfassung gewährt den Kurden im Norden des Landes umfangreiche Selbst- und Mitbestimmungsrechte. So stellten sie mit Dschalal Talabani von 2005 bis 2014 den Staatspräsidenten. Talabani war der Vorsitzende der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) im Irak, neben der Demokratische Partei Kurdistans (KDP) eine der beiden grossen Parteien im kurdischen Teil des Landes. Aus ihren bewaffneten Einheiten gingen die Peschmerga hervor. Auch sein Nachfolger als Staatspräsident, Muhammad Fuad Masum, ist Kurde.

Darüber hinaus entwickelt sich der Norden des Iraks wirtschaftlich, dank seines Ölreichtums, in Richtung Unabhängigkeit. Die Blitzoffensive des Islamischen Staates führte zur nicht gerade ruhmreichen Auflösung von fünf der insge-

Beschlüsse des Vertrags von Sèvres, 10.08.1920. Karte: Wikipedia



samt zwölf irakischen Divisionen. Dieses Machtvakuum nutzten die Peschmerga und bemächtigten sich nach dem Abzug der irakischen Truppen ihrer heimlichen Hauptstadt Kirkuk, im Chaos des Krieges und der Regierungsbildung, ohne den erwarteten Aufschrei in Bagdad oder der Welt. Die Stadt litt lange Zeit unter der zwangsweisen Arabisierung des Diktators Saddam Hussein. Daher ist ihre Bevölkerung bei weitem nicht homogen und sie gehört auch nicht offiziell zu den kurdischen Autonomiegebieten. Doch dank der unfreiwilligen Unterstützung der fundamentalistischen Rebellen aus Syrien bemerkte ein Graffiti in Kirkuk treffend: «Daash hat Artikel 140 umgesetzt!» (Daash ist das arabische Kürzel für den IS). Dieser irakische Verfassungsartikel beschreibt das Verfahren zur Beilegung der Gebietskonflikte im Norden des Landes an Euphrat und Tigris. Im Grundgesetz sind die Gebiete als «intern strittig» definiert. Die Zentralregierung zeigte sich in dieser Hinsicht bislang sehr zurückhaltend und muss sich jetzt von den Ereignissen überholt fühlen. Doch Barzani & Co. beanspruchen Kirkuk vor allem wegen seiner grossen Ölvorkommen. Mit der Ausweitung des kurdischen Gebiets durch die Peschmerga, exportierte die Regionalregierung in Erbil erstmalig Öl auf eigene Rechnung. Seit Mai gelangt das schwarze Gold über eine neue Pipeline in die Türkei. Ankara spricht von Einnahmen in Höhe von 93 Millionen US-Dollar. Der Export durch die föderale Regierung in die Türkei über eine weitere Pipeline ist zurzeit aufgrund der Kampfhandlungen unterbrochen. Doch zwei Tanker, beladen mit jeweils einer Million Barrel des schwarzen Rohstoffes, verliessen im Juni den türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan. Der kurdische Energieminister Ashti Hawrami kündigte weitere Exporte an. Noch ist die autonome Region mit ihrem Regierungssitz in Erbil von den finanziellen Zuweisungen der Zentralregierung in Bagdad abhängig. Dort wird nämlich weiterhin der irakische «Ölkuchen» zwischen Schiiten, Sunniten und Kurden aufgeteilt. Ein Druckmittel, welchem sich der ehemalige schiitische Premierminister Maliki mehrfach bediente. Anfang des Jahres hielt er Teile der Zahlungen von fast einer Milliarde US-Dollar pro Monat zurück. Schon seit langem fordern die Kurden eine für sie günstigere Aufteilung der irakischen Öleinnahmen. Mitte Juli erlangten die kurdischen Peschmerga nun jedoch die Kontrolle über die wichti-

gen Anlagen auf den Feldern Bai Hassan und Kirkuk. Dort werden täglich bis zu 400 000 Barrel Rohöl gefördert. Der Ausserminister der kurdischen Regionalregierung Falah Mustafa Bakkir erklärte dazu: «Ministerpräsident Maliki hat einseitig und unrechtmässig das Budget der Region Kurdistan gekürzt und die Gehaltszahlungen an die Beamten eingestellt. Wir mussten handeln, um die Dienstleis-



Der kurdische Regionalpräsident
Masud Barzani. Bild: flickr.com

tungen und die Gehaltszahlungen sicherzustellen. Daher werden wir so viel Öl fördern, wie wir brauchen.» Als logische Konsequenz daraus ergibt sich eine zunehmende wirtschaftliche Unabhängigkeit von der Hauptstadt.

Die Türkei zwischen Hammer und Amboss

Doch Bagdad ist nicht der einzige Gegner eines unabhängigen Kurdistan. Denn die ethnische Volksgruppe der Kurden lebt seit über 2000 Jahren in dem asiatischen Gebirge, welches sich von der südöstlichen Türkei über den Norden von Syrien, dem Irak bis nach Persien hinein erstreckt. Mit seinen fast 500 000 km² ist das Gebiet vergleichbar mit Spanien. Im 7. Jahrhundert konvertierten die Kurden zum Islam. Bereits unter der Herrschaft der Seldschuken und später der Osmanen bildete sich eine Verwaltungsprovinz mit dem Namen «Kurdistan» – Land der Kurden. Nach der Niederlage des Osmanischen Reiches an der Seite Deutschlands im Ersten Weltkrieg schöpften die Kurden erstmalig Hoffnung. Die Definition des Selbstbestimmungsrechts der Völker durch den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson im Februar 1918 in seinem 14-Punkt-Programm trug – so schien es – Früchte. Gemäss Artikel 62 des Vertrages von Sèvres sollte Kurdis-

tan seine Autonomie erhalten. Darüber hinaus stellte das Abkommen von 1920 eine mögliche staatliche Unabhängigkeit in Aussicht.

Schon damals bekämpfte vor allem die Türkei den Freiheitswunsch der Kurden. Mustafa Kemal Atatürk erlangte mit militärischer Härte in den folgenden drei Jahren eine Revidierung des Pariser Vorortvertrages. Im Juli 1923 legten Grossbritannien, Frankreich, Italien und Griechenland in Lausanne die Grenzen des neuen Staates Türkei fest. «Kurdistan» verschwand erneut von der Landkarte. Die 30 Millionen Kurden fanden sich verteilt über die Staatsgebiete der Türkei, Syrien, Irak und Iran. Ankara erkannte diese Volksgruppe nicht als ethnische Minderheit an. In der Folge schlug die türkische Armee eine Reihe von Aufständen nieder – zuletzt 1938. Die kurdische Sprache blieb lange verboten und durfte an Schulen im Südosten der Türkei nicht gelehrt werden. Auch hier strebten die Kurden von 1984 bis 1999 mit Hilfe der marxistisch ausgerichteten Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) nach politischer Autonomie. Der langjährige militärische Widerstand blieb jedoch ohne grossen Erfolg.

Der Kampf gegen IS im September dieses Jahres, auch an der türkischen Grenze, erhöhte den Druck auf Ankara enorm. Seit Anfang Oktober belagern die IS-Dschihadisten die Enklave Kobane (Arabisch: Ain al-Arab) gegen die Kämpfer der syrisch-kurdischen Volksschutzeinheiten (die YPG ist der militärische Arm der PYD, dem syrischen Pendant der PKK). Die Weltgemeinschaft drängte die Türkei, den Kurden zu Hilfe zu eilen. Doch Ankara blieb lange hart. Eine Unterstützung der kurdischen Freischärler mit Waffen und Logistik könnte sich mittelfristig gegen Ankara richten, so die Befürchtung der Zentralregierung. Auch würde die Verstrickung in die Gefechte den begonnenen Friedensprozess mit Kurden-Führer Öcalan stören, so Präsident Erdogan. Erst Ende Oktober, nach 40 Tagen Belagerung und über 800 Opfern in Kobane, erlaubte die Regierung die Verlegung von nordirakischen Peschmerga über türkisches Staatsgebiet. Ein vermeintlicher Sinneswandel! Die überraschende politische Rückendeckung für den kurdischen Regionalpräsidenten Masud Barzani dürfte aber auch wirtschaftliche Gründe haben. Neben der Diversifizierung der Rohstoffimportquellen ist Ankara vor allem daran interessiert, zur Drehscheibe für Energieexporte nach

Europa zu werden. Ein unabhängiges Kurdistan könnte dafür einen akzeptablen Preis darstellen.

Waffenlieferungen an die Peschmerga

Doch ein unabhängiges Kurdistan stösst auch bei anderen Mächten auf Widerstand. So machte US-Aussenminister Kerry die Position der Weltmacht mehr als deutlich: «Ein Auseinanderbrechen des Iraks muss unter allen Umständen verhindert werden». Beachtenswert auch die Position des schwarzen Schafes der Region, dem Iran. Für Teheran hat ein intakter irakischer Staat absolute Priorität. Das Mullahregime ist ebenfalls an einer Weiterführung der Zentralregierung in Bagdad, selbstredend unter schiitischer Führung, interessiert. Präsident Rohani spekuliert vielleicht sogar darauf, eine iranische Unterstützung des Irak gegen US-amerikanische Zugeständnisse auf anderen Feldern – zum Beispiel im Atomstreit – einzutauschen. Auf alle Fälle gilt für die gesamte Welt, Türkei, Iran und



Wie in der IS kämpfen auch zahlreiche Frauen mit den Peschmerga.

Bild: reuters

USA inbegriffen, ein weiteres Vordringen der Dschihadisten unbedingt zu verhindern. Und genau das ist die grosse Chance für ein unabhängiges Kurdistan. Waffenlieferungen sowie Ausbildungsunterstützung für die Peschmerga sind ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Die nächsten Monate werden zeigen, ob Regionspräsident Barzani Recht behält: «Der Irak fällt ganz offenkundig ohnehin auseinander, und es ist offensichtlich, dass die Zentralregierung die Kontrolle über alles verloren hat» – inklusive seiner kurdischen Bevölkerung im Norden des Landes! Seit dem Rückzug der US-amerikanischen Truppen aus dem Irak 2011,

scheiterte die Zentralregierung, die Differenzen zwischen den drei Bevölkerungsgruppen auszugleichen. Seit Monaten bedrohen unzählige Attentate von Schiiten und Sunniten die Stabilität des Landes. Die Autorität der staatlichen Organisationen sinkt mit jedem zivilen Opfer. Man spricht von bis zu 22000 nichtmilitärischen Toten im internen Machtkampf der Religionsgruppen. Auch die letzte Parlamentswahl im April 2014 konnte die politische Stabilität nicht wieder herstellen. Zwar errang Malikis Partei ein Drittel der Mandate, doch musste er auf politischen Druck hin auf eine dritte Amtszeit verzichten. Erst Ende September konnte der neue Ministerpräsident Haidar al-Abadi seine Regierung mit dem Innen- und Verteidigungsminister komplettieren.

Bagdads Autorität schwindet, während Kurdistan im Windschatten von «ISiStan» an Macht, auch dank internationaler Hilfe, gewinnt. Die kurdischen Peschmerga verfügen bereits jetzt über Kampferfahrung in den Bergregionen. Wenn die kurdischen Politiker das Chaos am Euphrat geschickt nutzen, könnte der Jahrhunderte alte Traum doch noch in Erfüllung gehen. Masud Barzani kündigte Anfang Juli an, ein Unabhängigkeitsreferendum durchzuführen. Damit unterstrich er die Sorge Hoschjar Sebaris. Der ehemalige irakische Aussenminister, damals einer von fünf kurdischen Ministern der Zentralregierung, sieht «den Irak in seiner Existenz als Nation und als politisches System ernsthaft bedroht». Ein Fluch oder ein Segen für die Region, gemachte Fehler der künstlichen Staatengründungen 1920 endlich zu bereinigen? ■

* Seit 2005 Präsident der Autonomen Region Kurdistan



OTL im Generalstab
Heino Matzken
Diplom Informatiker
Deutscher VtdgAttaché
in Belgien
B-1150 Woluwe St Pierre

Das Wort des Cda

Verantwortung

Geschätzte Leserinnen und Leser der ASMZ



Der sicherheitspolitische Bericht 2010 und der Armeebericht sind die im doppelten Sinn gültigen Grundlagen für die Botschaft des Bundesrates zur Weiterentwicklung der Armee (WEA), welche derzeit in unseren Parlamentskammern diskutiert wird. Bereits die Medienmitteilung aus der Kommissionsberatung zeigt, dass eine intensive Debatte geführt wird. Das ist erfreulich, denn Sicherheit ist ein zu wichtiges Gut, um es anderen zu überlassen. Wenn jemand aber zum Schluss käme, dass – nur weil eine politische Auseinandersetzung über die WEA stattfindet – der ausgearbeitete Vorschlag nicht gut genug sei, dann wäre das eine Fehlinterpretation unseres Systems. Es gibt verschiedene Zuständigkeiten, und ich bin froh, dass sich die Politik kritisch konstruktiv mit der Botschaft befasst.

Von unseren Kadern erwarte ich eine fundierte und umfassende Beurteilung als Grundlage einer öffentlichen Äusserung; wer dafür die Führungstätigkeiten unserer einschlägigen Reglemente anwendet, wird zwingend zu zumindest ähnlichen Resultaten kommen.

Der militärische Entschluss ist eine Lösung für unsere Milizarmee, welche mit einem realistischen Auftrag und den entsprechenden Ressourcen und Prozessen darauf zählen kann, dass sie in einem Einsatz gewinnt und unsere Soldaten dabei eine gute Chance haben, wieder gesund nach Hause zu kommen. Wer mit dieser Verantwortung eine Armee plant, der tut dies per se sehr sorgfältig. Dass wir auf eine gesunde Basis bauen können, zeigen uns glücklicherweise unsere eigenen Milizangehörigen! Gehören Sie vielleicht auch zu der wachsenden Gemeinschaft auf Facebook und Twitter, welche unter dem Hashtag «#ichbinstolz darauf» oder «Dinge, auf die ich im Militär stolz bin» Positives über die Armee publiziert? Vielen Dank für diese Initiative! Ich schliesse mich gerne an: #ichbinstolz darauf.

Korpskommandant André Blattmann
Chef der Armee